

Es gilt das gesprochene Wort, das Urheberrecht ist zu beachten.

Wolfgang Thierse

Vortrag im Forum Bürgerkirche St. Gangolf, Trier, 1. März 2023

Demokratie in der Zeitenwende. Was hält unsere pluralistische Gesellschaft in dramatischer Veränderungszeit zusammen?

Ewas wird wichtig, wenn es nicht mehr selbstverständlich, wenn es nicht mehr sicher ist, wenn es für viele Menschen (zumindest) bedroht erscheint. Das gilt wohl – unübersehbar – für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für unsere Demokratie. Die Frage danach, was unsere Gesellschaft verbindet – sie ist wahrlich nicht neu, sie wird immer wieder gestellt und die Antworten darauf füllen viele Akademien und viele Bände.

Unter „Zusammenhalt“ soll ganz einfach und elementar zunächst einmal ein gesellschaftliches Gefüge und ein soziales Verhalten verstanden sein, das dadurch bestimmt ist, dass Personen und Gruppen einander prinzipiell mit Vertrauen und Verantwortung begegnen, also freundlich, kooperativ und hilfsbereit miteinander umgehen. Gemeint ist nicht eine konfliktfreie, widerspruchsfreie Idylle, das wäre schlicht eine idealistische Illusion. Aber gemeint ist doch eine Gesellschaft, in der das Verbindende so stark ist, dass die Konflikte und Widersprüche sie nicht sprengen können.

Dieses Zusammenhalts, einer – nach allen Erfahrungen – grundlegenden Voraussetzung guten, gelingenden Lebens sind wir nicht mehr so gewiss, angesichts verschärfter Konflikte und Auseinandersetzungen, angesichts schmerzlich empfundener sozialer und kultureller Gegensätze in unserer Gesellschaft.

Eine größer gewordene Unsicherheit und Zukunftsungewissheit gilt auch für die Demokratie. Schauen wir ringsum: Unsere vertraute und so selbstverständlich gewordene offene, soziale und liberale Demokratie ist nicht die Regel sondern die Ausnahme in der Welt. Und auch im Inneren unseres Landes nimmt die Zahl der Demokratie-Kritiker, -Skeptiker, -Feinde unübersehbar zu.

Die Frage also nach dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft und nach der Stabilität unserer Demokratie ist von neuer Dringlichkeit. Und dafür gibt es Gründe:

Wir leben in einer Zeit sich beschleunigender Veränderungsdramatik, der Gleichzeitigkeit verschiedener krisenhafter und umwälzender Entwicklungen und ängstigender Probleme, die nicht erlauben, einfach so weiterzumachen wie gewohnt.

Ich benenne sie nur in Stichworten:

- die von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgrenzungen, ökonomischer, technischer und wissenschaftlicher Art, die der Begriff Globalisierung zusammenfasst;
- die Migrationsschübe – mit den ihnen unvermeidbar folgenden Anstrengungen und Konflikten der Integration;
- die weitere ethnische, kulturelle, religiös-weltanschauliche Pluralisierung unserer Gesellschaft, die keine Idylle sein wird;

- die Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation und die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz: was und wen wird sie überflüssig machen, wer bleibt zurück;
- die fundamentale ökologische Bedrohung, die radikale Änderungen unserer Produktions- und Konsumtionsweise und insgesamt unseres Lebensstils verlangt und eine Politik der Abkehr vom Wachstumszwang;
- die Ängstigungen durch Terrorismus, Gewalt, kriegerische Konflikte
- und zuletzt der Aggressionskrieg Putin-Russlands gegenüber der Ukraine mit seinen Folgen für unser Land, unseren Kontinent, unseren Globus

Im Zusammenhang mit dem letzten Ereignis hat Bundeskanzler Scholz den Begriff Zeitenwende ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Es ist mit Sicherheit ein tiefer historischer Einschnitt, eine tiefe Erschütterung, eine höchst folgenreiche Wendung der Geschichte.

Welch' Unterschied zu der positiven Wendung der Geschichte 1989/90, nach der wir von einem goldenen Zeitalter des Friedens träumten. Jetzt sind manche, aber wohl noch nicht alle Folgen dieses tiefen negativen Einschnittes sichtbar: eine neue Hochrüstungsphase mit ihren fatalen nicht nur materiellen Kosten, neue (alte?) Konfrontationen, ökonomische und soziale und finanzielle Zuspitzungen und Belastungen. Wie geht es weiter mit der überlebensnotwendigen ökologischen Transformation, die wir brauchen, um die Klimakatastrophe zu verhindern? Was wird aus den sozialen und ökonomischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Welt?

Und: Was wird aus unserem deutschen Erfolgsmodell? Die Grundlage für unseren ökonomischen Wohlstand und unsere politische und soziale Stabilität waren ja Verlagerungen: Für unsere Sicherheit waren die USA verantwortlich, unsere Rohstoffbasis war Russland und unser expandierender Absatzmarkt war China. Das machte alles so schön billig. Wir haben die Kosten unseres Wohlstands und unserer Freiheit jedenfalls nicht alle selbst bezahlt! Dass dies so nicht bleiben wird, das wird eine erhebliche Herausforderung für das Innere unserer Gesellschaft, für deren sozialen Zusammenhalt werden! Genau dies ist das Moment des Krisenhaften an dem, was uns seit dem 24. Februar beschäftigt. Und das auszusprechen, ist eine Frage der Wahrhaftigkeit.

Jetzt wird sich erweisen müssen, ob unsere Demokratie eine Schönwetterdemokratie (gewesen) ist. Denn die Existenzgrundlagen der („alten“) Bundesrepublik waren doch wirtschaftliches Wachstum und stabile Wohlstandsmehrung. Das begründete und ermöglichte die Stabilität unserer Demokratie. Was wird aus ihr werden, wenn diese Grundlage für nicht absehbare Zeit nicht mehr so sicher ist wie gewohnt. Wenn die materiellen und kulturellen Verteilungskonflikte sich – nicht nur in unserem Land, sondern global – verschärfen? Das ist die entscheidende Frage bei dem, was Zeitenwende wirklich bedeutet und bedeuten muss, weit über das Militärische hinaus.

Es ist jedenfalls viel, sehr viel, was individuell und kollektiv zu bewältigen ist: Das Erleben einer „Welt in Unordnung“, einer zersplitterten, gespaltenen Gesellschaft im Streit. Es ist sehr viel, was demokratische Politik für uns und mit uns Bürgern gleichzeitig zu bearbeiten und zu lösen hat.

Das alles verstärkt auf unübersehbar heftige Weise das individuelle und kollektive Bedürfnis nach neuen (und auch alten) Vergewisserungen und Verankerungen, nach Identität, nach Sicherheit, nach Beheimatung. Allerdings: Die Gefühle der Unsicherheit, der Gefährdung des Vertrauten und Gewohnten, der Infragestellung dessen, was Halt und Zusammenhalt gibt, insgesamt also ökonomische Abstiegsängste und soziale Überforderungsgefühle und kulturelle Entheimungsbefürchtungen und tiefgehende Zukunftsunsicherheiten – sie sind höchst ungleich verteilt:

Einerseits zwischen den Erfolgreichen, auf den Wellen der Globalisierung Surfernden, dem „kosmopolitischen“, urbanen Teil der Bevölkerung und andererseits denen, die sich durch die Modernisierungsschübe bedroht fühlen, die Entfremdungsängste empfinden und die die Veränderungen als sozialen Verteilungskonflikt erfahren. Des Weiteren gibt es – hier in Trier, am Westrand Deutschlands muss ich darauf hinweisen - neben diesen kulturellen und sozialen Spaltungen auch eine sichtbare West-Ost-Ungleichheit, ein West-Ost-Gefälle der Sicherheiten und Gewissheiten: nach den ostdeutschen Erfahrungen eines Systemwechsels, eines radikalen Umbruchs sowohl ökonomisch-sozialer wie moralisch-kultureller Art, nach dem vielfachen Erlebnis der Entwertung und des Entschwindens der eigenen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen.

Zeiten heftiger Veränderungen und Verunsicherungen, also unsere - das sind Zeiten für Populisten, also für die großen und kleinen Vereinfacher und Schuldzuweiser, die die verständlichen Sehnsüchte nach Erlösung von ängstigenden Unsicherheiten flott zu befriedigen versprechen. Zumal eben in Ostdeutschland! Dort trifft ja die gegenwärtige Veränderungsdramatik auf Menschen, die die dramatischen Veränderungen seit 1989/90 mit Schmerzen, Opfern, Verlusten noch nicht gänzlich und vor allem nicht alle gleichermaßen erfolgreich bestanden haben. So viel

Umwälzung in kurzer Zeit! Und nun die nächste Welle umgreifender Veränderungen! Das eben macht nicht weniger empfänglich für die einfachen, radikalen Botschaften, für das Angebot alt-neuer konservativ-nationaler Gewissheiten und wütend-aggressiver Abwehr. Eine erfolgreich-gefährliche Mischung – aber doch nicht nur im Osten Deutschlands, wie man gerade wieder in der Corona-Krise erleben konnte.

Denn die zu bewältigenden Veränderungen sind ja insgesamt und im ganzen Land von durchaus erschütternder Qualität: Die Corona-Pandemie hat uns zu neuer Einsicht in unsere Verletzlichkeit gezwungen. Die Beschleunigung der technologischen Entwicklung – man spricht mit Blick auf die Künstliche Intelligenz vom Eintritt ins Exponentialzeitalter – führt uns die „Antiquiertheit des Menschen“ vor Augen (um den Titel eines berühmten Buches von Günter Anders aus dem Jahr 1979 zu zitieren). Der Aggressionskrieg Putin-Russlands zerstört unsere Hoffnung auf eine durch Regeln und Verträge geordnete und sichere Welt des Friedens. Die anhaltende Migration (aus Armut- und Konflikt-Gründen) bringt den Westen, bringt Europa an die Grenzen ihres humanitär- universalistischen Selbstverständnisses. Und der Klimawandel, die drohende ökologische Katastrophe ist die massivste Herausforderung unseres Zukunftsoptimismus und stellt – vor allem in der jüngeren Generation - die Fortschrittsverheißung des Aufwärts und Mehr infrage. Aber das genau war, das ist doch die Grundannahme, das Fundament der Moderne: Dass der Fortschritt stetig voranschreitet. Wer von uns ist sich dessen wirklich noch sicher?

Die Reaktionen auf diese Erschütterungen sind höchst unterschiedlich. Nichtwahrhabenwollen auf der einen Seite, Verlustwut auf der anderen, trotziges Bestehen auf dem Weiterso hier und apokalyptische Ungeduld da und in jedem Fall die Erwartung, das Verlangen, dass die Politik schnell handelt, schmerzlose Lösungen,

ja Wunder vollbringt. Und da demokratische Politik das nicht so kann, wie gewünscht, nehmen Politikerverachtung und Demokratieverdruss zu. Übertreibe ich?

Die Stimmung ist jedenfalls gereizter geworden, die Auseinandersetzungen werden schärfer, die Aggressivität nimmt zu. Und es ist nicht mehr nur der altvertraute politische Parteienstreit, nicht mehr nur das Austragen der gewohnten sozialökonomischen Verteilungskonflikte, sondern es ist mehr denn je eine Auseinandersetzung auf kultureller Ebene. Ich meine jedenfalls eine Art Kultur-Kampf-Klima zu verspüren. Ich will das anhand meiner eigenen Erfahrung erläutern. (Sie treffen sicherlich nur einen Ausschnitt des gesellschaftlich-kommunikativen Konfliktfeldes/Schlachtfeldes, trotzdem will ich davon sprechen.)

Vor zwei Jahren, im Februar 2021 habe ich in der FAZ einen Essay veröffentlicht, dem die Redaktion den Titel gegeben hat: „Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft?“ Untertitel: „Identitätspolitik darf nicht zum Grabenkampf werden, der den Gemeinsinn zerstört: Wir brauchen eine neue Solidarität.“

Das Echo auf meinen Essay war erstaunlich. In den 30 Jahren meiner öffentlichen Existenz, meines politischen Wirkens habe ich niemals zuvor eine solche Fülle an teils heftigen Reaktionen erlebt. Über tausend Mails, Briefe, Anrufe haben mich erreicht. Noch bis heute werde ich auf meine Stellungnahme angesprochen. Offensichtlich hatte ich auf einen Nerv getreten, denn die Reaktionen auf meinen Text haben dessen Intention, also die Aufforderung zur Mäßigung im Streit, auf grelle Weise bestätigt.

Die Zuschriften vermittelten mir eine Stimmungslage, die durch Umfragen, z. B. von Allensbach, bestätigt werden: Fast die Hälfte der Befragten war der Auffassung, man könne seine Meinung nicht mehr frei sagen. Das halte ich für einen beunruhigenden Befund, gerade weil ich der Überzeugung bin, dass dies eine irri-ge Auffassung ist. Ein weiteres Umfrageergebnis bestätigte meinen Eindruck aus der Post an mich: Eine deutliche Mehrheit lehnt „gendergerechte Sprache“ ab und klagt über sprachliche Tabuisierungen und Verbote. Das belegt eine zunehmende sprachliche Spaltung unserer Gesellschaft: Auf der einen Seite diejenigen, vor allem in Universitäten und Redaktionen, die sich einer gender- und rassismus-sensiblen Sprache befleißigen – auf der anderen Seite das gewöhnliche Volk, das weiter so quatscht wie gewohnt und sich „von oben“ belehrt und bedrängt fühlt. Das ist eine sprachliche Entfremdung, die wohl nicht zu mehr sozialer Gemeinsamkeit führen dürfte!

In den vergangenen zwei Jahren ist die Debatte, von der mein Text nur ein Teil, vielleicht ein Verstärker war, weiter gegangen, haben sich die Streitfronten verzweigt, ist das Feld der Auseinandersetzungen noch unübersichtlicher geworden. Die Berichte über das kommunikative Klima an den geisteswissenschaftlichen Ressorts der Universitäten vermitteln ein Bild härterer Konfrontationen. Die Einen sprechen von einer sich verstärkenden „cancel culture“, die Anderen bestreiten, dass es diese hierzulande überhaupt gäbe. Ein „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ hat sich gegründet. In Medien, in Verlagen übt man sich in immer neuer „Achtsamkeit“, Manuskripte werden auf ihre „Wokeness-Kompatibilität“ überprüft. Museen reinigen ihre Kunstwerke von ihren historischen, aber heute womöglich verletzenden Titeln. Eine Meldestelle für „Antifeminismus“ ist gerade eingerichtet worden. Usw. usf. Der Streit um Gender, um Rassismus, um Postkolonialismus ebbt nicht ab, auch nicht der um Religion. So meinte man etwa in Müns-

ter, ein Kreuz aus einem historischen Saal entfernen zu müssen, oder einen Bibelspruch an der Kuppel des Humboldt Forums in Berlin überblenden zu sollen. Wir erleben die Tabuisierung von bestimmten Worten, die Tilgung von Geschichte, die Radikalisierung von politisch-moralischen Verdächtigungen und auch von Verfeindungen...

Es geht in identitätspolitischen Auseinandersetzungen natürlich immer auch um die sehr grundsätzliche Frage: Was hält eine diverse Gesellschaft zusammen? Wie ist die Kommunikation einer vielfältigen Gesellschaft so möglich, dass sie verbindet und nicht entzweit? Ist schon der Streit, der Konflikt selbst das Verbindende, wie Befürworter identitätspolitischer Zuspitzungen sagen? Ist Identitätspolitik ein notwendiges Mobilisierungsinstrument zum Zweck der „Disruption“, der Konfliktpuspitzung, der Sichtbarmachung von Ungleichheiten mit dem Ziel von deren Überwindung? So wurde mir jedenfalls in Diskussionen entgegengehalten. Eine strategische Essenzialisierung von Identitätsunterschieden sei eben (übergangsweise) notwendig und richte sich nicht gegen den Universalismus der Aufklärung, sondern ziele auf Wahrnehmung, Anerkennung, Überwindung von Benachteiligung, Diskriminierung, Unterrepräsentation.

Nun ist Identitätspolitik ja wirklich nicht gänzlich neu, jedenfalls sofern sie unterschiedene Interessen- und Anerkennungs-Politik ist. Als Sozialdemokrat denke ich zum Beispiel an die Arbeiterbewegung. Aus deren Erfolgsgeschichte aber zu lernen wäre. Diese war eine Geschichte von Reformen, des Gewinnens demokratischer Mehrheiten für die eigenen Ziele und deren Verwirklichung. Und genau das ist auch meine schlichte Lebenserfahrung: Je frontaler der Angriff auf eine Person, ein Kollektiv, je aggressiver und totaler die Kritik – umso stärker die Abwehr, umso

geringer die Chance und Bereitschaft selbstkritischer Reflexion und Korrektur! Und meine einfache politische Erfahrung besagt: Wer in einer Demokratie etwas für Minderheiten erreichen will, wer etwas verändern will, der muss dafür Mehrheiten gewinnen!

Die Mühsal von Verständigungs- und Veränderungsprozessen abkürzen zu wollen, dieser Wunsch mag verständlich sein, aber er muss nicht zum Erfolg führen. Es gilt immer neu die Balance zu finden, weil beides notwendig ist: Der energische Einsatz für die Anerkennung und Verwirklichung der jeweils eigenen Identität, der individuellen- und Gruppeninteressen – und ebenso die Bereitschaft und Fähigkeit, das Eigene in Bezug auf das Gemeinsame, auf das Gemeinwohl zu denken und zu praktizieren, also auch das Eigene zu relativieren.

Nach zwei Jahren, nach ganz viel Lektüre, nach vielen unfreiwilligen Beobachtungen und erhitzten Diskussionen sind meine Fragen nicht geringer und meine Besorgnisse eher größer geworden. Meine grundsätzliche Überzeugung aber ist die gleiche geblieben: Wenn Vielfalt, Diversität, Pluralität friedlich und produktiv gelebt werden sollen, dann müssen sie mehr sein als das bloße Nebeneinander, sich voneinander nicht nur unterscheidender, sondern auch abgrenzender Identitäten und Minderheiten. Dann müssen sie mehr sein als das Gegeneinander von Ansprüchen und Betroffenheiten.

Vielfalt erzeugt nicht von selbst Gemeinschaftlichkeit. An der und für die müssen wir immer neu und immer wieder arbeiten.

Der unabdingbare Respekt vor Vielfalt und Anderssein ist nicht alles. Er muss eingebettet sein in die Anerkennung von Regeln und Verbindlichkeiten auch von Mehrheitsentscheidungen und auch des Respekts. Sonst ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet oder wird gar zerstört durch radikale Meinungsbiotope, tiefe Wahrnehmungsspaltungen und eben auch konkurrierende Identitätsgruppenansprüche. Weil der Zusammenhalt in einer diversen, sozial und kulturell fragmentierten Gesellschaft nicht mehr selbstverständlich ist, muss dieser Zusammenhalt ausdrücklich das Ziel von demokratischer Politik und eben auch und gerade von kulturellen und kommunikativen Anstrengungen sein. Demokratie bedeutet, so habe ich bei einer identitätspolitischen Aktivistin gelesen, dass wir mehr streiten, weil wir mehr Leute sind, die gehört werden wollen. Ja gewiss, aber, so meine Sorge, gibt es noch genug Leute, die bereit sind zuzuhören?

Ich erinnere an die Erfahrung mit der Corona-Pandemie. Das war mehr als der unvermeidliche Streit um Einschränkungen, um verpflichtende Regeln, zum Beispiel um das Pro und Contra einer Impfpflicht (für die und gegen die es nachvollziehbare Argumente gibt). Es war mehr. In vielen Äußerungen (z.B. auch zum Vorschlag einer sozialen Pflichtzeit, den der Bundespräsident gemacht hat) war in den vergangenen Monaten und Wochen wahrzunehmen, wie verbreitet die Vorstellung ist, dass Pflicht gleich Zwang sei. Pflicht habe „bevormundenden Charakter“, sagte sogar eine stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Ethikrates. Und man denkt dabei an solche Bevormundungen wie Schulpflicht oder Gurtpflicht oder Steuerpflicht und überlegt, wie sehr sie wohl unsere Freiheit einschränken mögen.

Nicht der Streit ist ärgerlich (er gehört zu einer liberalen Demokratie), sondern mich irritiert die ideologische Überhöhung von Ablehnungen. Sichtbar wird nämlich ein problematisches Freiheitsverständnis: Autonomie, (miss-)verstanden als

selbstbestimmte, individuelle Selbstverwirklichung gilt ja als der höchste Wert unserer Gesellschaft. Regisseur des eigenen Lebens zu sein, das ist ein schönes Bild dafür – und ein verräterisches: Die Anderen, die Mitmenschen sind dann wohl die Assistenten, gar die Statisten meiner Lebensregie. Freiheit bekommt auf diese Weise Fetisch-Charakter, als habe man sie von Natur aus, als sei sie Eigentum. Und wird so zum Gegenstück des Sozialen, zum Widerpart von Solidarpflichten!

Was mich ärgert, Sie merken es, ist die tiefe Politik- und Sozialvergessenheit des grassierenden, oberflächlichen Freiheitsverständnisses! Ist das Herunterdimmen von Freiheit und Wahrheit zu einem Ausdruck von Befindlichkeiten, von Identitätsansprüchen gegen Andere!

Wie wollen wir mit einem solchen individualistischen und entsolidarisierenden Freiheitsverständnis, mit einem so subjektivierten Authentizitäts- und Wahrheitsanspruch die vor uns liegenden dramatischen Herausforderungen meistern. Es wäre doch gut, wir würden aus der Pandemiekrise lernen: Unseren egozentrischen Freiheitsnarzissmus zu erkennen und zu überwinden! Und Freiheit begreifen und praktizieren als die vernünftige Einsicht in die Notwendigkeit verantwortlichen Handelns, also auch in Beschränkungen und Regeln. Um der Solidarität mit den verletzlichen Anderen willen, um unserer Demokratie willen und um unserer globalen Zukunft willen.

Schon vor 30 Jahren hat der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Gedächtnisvorlesung für die Geschwister Scholl das Treffende gesagt: „Wenn die Freiheit nur dem privaten Wohlbefinden dient, wenn sie sich lediglich auf einem Markt der Güter und Medien betätigt, der unter unzureichenden moralischen und sozialen Rahmenbedingungen das Vorteilsstreben begünstigt, wenn

die Freiheit eine Toleranz ohne Anteilnahme bleibt, wenn sie also die Schicksale der Anderen gleichgültig geschehen lässt, kurz: Wenn Freiheit nicht in Solidarität mündet, dann bleibt sie auf die Dauer nicht lebensfähig“.

Ich will im Schlussteil meines Vortrags nun ein paar grundsätzliche Bemerkungen dazu machen, was für den gelingenden gesellschaftlichen Zusammenhang unbedingt notwendig ist.

Wir leben in einer offenen (entgrenzten, globalisierten) Welt. Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen. Unser Land ist ein Migrationsland geworden, schon lange. Und darauf müssen wir uns einstellen: Unsere Gesellschaft wird dauerhaft pluralistisch, also ethnisch und religiös-weltanschaulich und kulturell (und damit auch sozial und politisch) vielfältig und widersprüchlich sein und bleiben und wohl noch viel mehr werden.

Unübersehbar ist, dass in einer solchen Gesellschaft (gemeinsame) Religion und kulturelle Tradition als verbindende, zusammenhaltende Kräfte deutlich weniger wirksam sind und sein können – zumal sie ohnehin in den Säkularisierungs- und Modernisierungs-Prozessen der letzten 100 Jahre und erst recht der letzten Jahrzehnte erheblich geschwächt worden sind.

Diese Pluralität also ist keine Idylle, wird es auch nicht werden, sondern steckt voller politisch-sozialer und religiös-kultureller Konfliktpotential. Wir müssen – immer wieder neu – lernen, damit umzugehen, möglichst friedlich und produktiv. Denn: Zuwanderung, Migration – wir erleben es gerade wieder – werden Teil unserer Welt bleiben, wenn wir nicht Mauern um unser Land, um unseren Kontinent errichten wollen.

Das heißt vor allem zu begreifen, dass Integration eine doppelte Perspektive verlangt, dass Integration eine doppelte Aufgabe ist: Die zu uns Gekommenen sollen, sofern sie hierbleiben wollen, heimisch werden im fremden Land – und den Einheimischen soll das eigene Land nicht fremd werden.

Heimisch werden, aber auch heimisch sein und bleiben heißt, die gleiche Chance zur Teilhabe an den öffentlichen Gütern des Landes zu haben, also an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Kultur partizipieren zu können. Es heißt auch, menschliche Sicherheit und Beheimatung zu erfahren, was mehr ist als Politik allein zu leisten vermag. Es ist Aufgabe vor allem der Zivilgesellschaft, ihrer Strukturen und Gesellungsformen, von deren Einladungs- oder Abweisungscharakter, hängt also von unserem Engagement, unserer Solidarität als Bürger dieses Einwanderungslandes ab.

Wir müssen immer wieder neu die Mehrheit der Deutschen, der insgesamt hier Lebenden für diese Aufgabe gewinnen. Deshalb ist die offene und offensive Verständigung darüber notwendig, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Das ist ja die doppelte Aufgabe, die der Begriff der Integration meint. Sie wird nur dort gelingen, wo beide Seiten, sowohl die zu uns Kommenden, wie auch die Aufnahmegesellschaft Integration wollen und das Notwendige dafür zu tun bereit sind. Gegen die Mehrheit einer Gesellschaft kann Integration nicht gelingen und ohne die Integrationsbereitschaft und den Integrationswillen der zu uns Gekommenen auch nicht!

Noch einmal sei es gesagt: Eine vielfältige Gesellschaft, eine Gesellschaft der Diversität insgesamt ist keine Idylle. Ich zitiere den Soziologen Aladin El-Mafaalani: „Wenn Integration gelingt, steigert sich das Konfliktpotenzial in der Gesellschaft.

Denn egal ob Migranten, Frauen, LGBTIQ, Menschen mit Behinderungen – sie wollen nicht nur einen Teil des Kuchens haben, irgendwann wollen sie auch die Rezeptur mitbestimmen“.

Auch und gerade angesichts der gewachsenen und zunehmenden Diversität unserer Gesellschaft einerseits und der geschwächten Bindekräfte von Religion und Tradition andererseits wird die Antwort auf die Fragen dringlicher: Wer sind wir, was haben wir anzubieten, wozu laden wir ein? Und vor allem: Was verbindet uns, die so verschieden nach Herkunft, Prägung, Orientierung sind? Was ist das gemeinsame Wir?

Ich wiederhole meinen Satz: Vielfalt erzeugt nicht von selbst Gemeinschaftlichkeit, sozialen Zusammenhalt. Es bedarf vielmehr grundlegender Gemeinsamkeiten, die die vielfältig unterschiedlichen Menschen miteinander verbinden.

Zu diesen Gemeinsamkeiten gehört zuerst und selbstverständlich die gemeinsame Sprache. (Sind wir uns dessen noch sicher? Wenn ich an den Umgang mit der deutschen Sprache denke, an die Verachtung ihr gegenüber.)

Sodann gehört dazu, selbstverständlich, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der Regeln unseres Rechts- und Sozialstaats, die schließlich für alle gleichermaßen gelten. Also der vielgerühmte und gewiss notwendige Verfassungspatriotismus!

Und gewiss wird gesellschaftlicher Zusammenhalt auch erzeugt durch die Beziehungen, die wir über den Markt und den Arbeitsprozess miteinander eingehen, als Arbeitskräfte und Konsumenten. Durch Kooperationen, durch das alltägliche Zusammenwirken der Menschen wird der Fortbestand der menschlichen Gesellschaft gesichert und zugleich erfahren wir uns dabei in unserer Abhängigkeit von den Anderen als Gesellschaftsmitglieder.

Und selbstverständlich gehört auch die sichtbare Anstrengung um soziale Gerechtigkeit, also um die faire Verteilung von Chancen und Pflichten, von Früchten und Lasten zu den elementaren Voraussetzungen gelingenden Zusammenhalts.

Dafür zu sorgen ist eine zentrale politische Pflicht, ist die Aufgabe der Institutionen und Instrumente eines funktionierenden sozialen Staats! Dessen wichtigste Aufgabe ja darin besteht, für Sicherheit und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Denn je größer die empfundene Ungerechtigkeit und Unsicherheit, je weiter die Schere zwischen Arm und Reich in einer Gesellschaft auseinanderklafft, umso größer die Unzufriedenheit auch und gerade mit der Demokratie, um so gefährdeter, ja unerfüllbarer erscheint deren Freiheitsversprechen für viele Menschen, um so gefährdeter, ja instabiler ist der soziale Zusammenhalt!

Es gibt einen fundamentalen, geradezu existentiellen Zusammenhang von Gerechtigkeit und Freiheit. Wie die Geschichte der Demokratien und ihrer Zerstörungen zeigt. (Denken Sie nur an das Ende der Weimarer-Demokratie!) Gleiche Freiheit für alle – das muss das Ziel, muss die dauernde Aufgabe demokratischer Politik sein, um die sie sich erkennbar, wahrnehmbar bemüht. Das ist gerade in dramatischer Veränderungszeit besonders wichtig, zu deren Dramatik ja die Verschärfung sozialer Gegensätze und der Reichtums- Armut-Unterschiede gehört. Nur zwei Befunde: Nach dem Oxfam-Bericht von 2020 schädigt das reichste Prozent der Weltbevölkerung das Klima doppelt so stark wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Und in unserem Land hat das reichste Prozent zwischen 2020 und 2021 tatsächlich 81 Prozent des Vermögenszuwachses erhalten. Ich halte dies für höchst gefährliche Entwicklungen.

Über all dies bisher Genannte, dies eigentlich Selbstverständliche und Notwendige hinaus bedarf es, so meine ich, grundlegender Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was wir Maßstäbe, Normen oder „Werte“ nennen. Es bedarf tendenziell gemeinsamer Vorstellungen von Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Toleranz und Respekt. Also in den unsere liberale, offene Gesellschaft tragenden Überzeugungen – und ebenso auch in den geschichtlich geprägten kulturellen und sittlichen Normen, Erinnerungen, Traditionen.

Dieses nicht unmittelbar politische, sondern ethische und kulturelle Fundament gelingenden Zusammenlebens – das ist nicht ein für alle Mal da, sondern es ist gefährdet, ist umstritten, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, es muss weitergegeben, vitalisiert, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten Satzes des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.“ Die Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische Fundament unseres Zusammenlebens tragen – über die Zuständigkeit des Bildungssystems hinaus – alle Bürger, insbesondere die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft und darin eben auch und in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und zwar im Dialog, in der Debatte miteinander. Diese Verantwortung ist gewachsen in einer pluralistischer werdenden Gesellschaft! Neben die materiellen, also finanziellen, ökonomischen, sozialen und politischen Anstrengungen müssen also geistige und kulturelle Bemühungen treten, damit Integration und Zusammenhalt gelingen.

An dieser Stelle ist der Ort (nun endlich) von den Christen, den Kirchen zu reden: Sie haben teil an dieser Verantwortung, haben geradezu die Pflicht, an der Debatte teilzunehmen. Gewiss nicht sie allein in einer pluralistischen Gesellschaft, nicht die Christen und die religiösen Menschen allein und selbstverständlich nicht so, dass die Kirchen noch triumphalistisch daherkommen könnten (etwa im Sinne eines ehemals sogenannten „Wächteramts“). Sondern sie müssen sich in einer pluralistischen Gesellschaft als Dialogpartner verstehen, sich in die Debatte, ja auch in den Streit einbringen, ohne jede Privilegierung. Aber sie sollten dabei auch nicht leisetreterisch und nicht ängstlich sein, wenn sie ihre eigene Sache vertreten.

Deren Überzeugungskraft hängt allerdings immer mehr davon ab, ob und inwieweit sie fähig sind zu selbstkritischer Reflexion und selbstkritischer Praxis. Das gilt zumal für die katholische Kirche nach der moralischen Katastrophe des Missbrauchsskandals, der vielfachen sexualisierten Gewalt. Die künftige Glaubwürdigkeit der Kirchen, ob ihnen überhaupt noch jemand zuzuhören bereit ist, wird ganz wesentlich davon bestimmt sein, wie konsequent und ehrlich sie mit diesem Skandal umgehen. Die Aufklärung wird nicht mehr nur Sache der Kirche selbst sein können. In einer offenen Gesellschaft wird eine geschlossene, sich abschließende Institution immer weniger eine positive Rolle spielen können.

Zum Schluss sei es noch mal gesagt: Es ist viel, was individuell und gemeinschaftlich zu bewältigen ist. Es ist viel, was demokratische Politik für uns und mit uns Bürgern gleichzeitig zu bearbeiten und zu lösen hat.

Und die Christen? Wir Christen, sollten um Verständnis für demokratische Politik, für demokratische Politiker werben, deren Handeln und Entscheiden immer unter Unsicherheits- unter Unwägbarkeitsbedingungen stattfindet. Wir Christen wissen

es doch nicht deshalb schon besser, weil wir Christen sind. Aber weil wir Christen sind, sind wir unabweisbar herausgefordert mitzudenken und mitzutun bei der Bewältigung der scheinbar überwältigenden Probleme der Gegenwart: Den Krieg zu beenden, pluralistische Vielfalt in unserer Gesellschaft friedfertig zu leben, technologische Umwälzungen menschenfreundlich zu gestalten – und vor allem die überlebensnotwendige, schmerzliche und zukunfteröffnende ökologische Transformation entschlossen zu verwirklichen.

Wie das alles genau auszusehen hat, in welchen Schritten dies genau zu erfolgen hat, darüber haben wir Christen, haben die Kirchen kein gesondertes Wissen. Das ist vielmehr im demokratischen Streit zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur, zwischen den Generationen und in der Bürgergesellschaft auszuhandeln und in die Tat umzusetzen, in Veränderungen und Reformen der Zukunftsgestaltung. Und wir Christen haben uns daran kräftig und engagiert zu beteiligen: Antworten zu finden auf die Frage nach Alternativen zum herrschenden System der Wachstumswirtschaft, nach einer Politik der Abkehr vom Zwang zum Weiterso und Immermehr, nach realistischen und vielleicht sogar anstiftenden Vorstellungen von einem guten, gelingenden Leben, das möglich und vielleicht sogar erstrebenswert ist, wenn und weil unsere bisherige Wirtschafts- und Lebensweise nicht mehr haltbar, nicht mehr zukunftsfähig ist.

Christlicher Glaube kann und soll dazu starke Motivation sein und kräftige Hoffnung vermitteln wider alle Skepsis und Resignation, wider alle Apathie und Verzweiflung, wider alle Verlustangst und Verzichts-Apokalypse wider alle Bequemlichkeit und störrische Abwehr! Nicht mehr, aber auch nicht weniger als Hoffnung.

Und die Überzeugung, die Botschaft, dass gutes, gelingendes Leben nicht identisch ist mit andauerndem wirtschaftlichem Wachstum und ständiger Wohlstandsvermehrung! Und dass individuelle Selbstverwirklichung angesichts der Bedrohung durch Krieg und Klimakatastrophe zweitrangig sein könnten. Und Selbsterhaltung nur als gemeinschaftliches Projekt gelingen kann. Gesellschaft und Demokratie bedürfen solcher Botschaft nüchterner Wahrhaftigkeit. Bedürfen der Hoffnung, die von Ängsten und Resignation frei machen kann. (Wir Christen könnten und sollten mit dieser Botschaft doch eigentlich ganz bei uns selbst sein, hoffe ich!)